

Rolf A. Schütze

**Leserbriefe,
die ich nie
schrieb**

Gedanken zur
Pressefreiheit

Rolf A. Schütze

Leserbriefe, die ich nie schrieb

Gedanken zur Pressefreiheit

Böhland & Schremmer Verlag

Vorbemerkung	11
--------------	----

I. Politik und Recht

1. Supreme Court	13
2. Gewaltenteilung	15
3. Tabubrüche	16
4. Bei uns darf man alles sagen	17
5. Rechtsberatung	19
6. Wahlalter	20
7. Reservate	21
8. Wenn zwei das Gleiche tun	22
9. Parteiendemokratie	24
10. Die fünfte Kolonne	25
11. Sind die etablierten Parteien verfassungs- feindlich?	26

II. Politik und Kultur

1. Bayreuth	29
2. Ist Luther gescheitert?	31
3. Politische Gesänge	32
4. Der Tod des Pablo Neruda	33
5. Das seltsame Verschwinden »kolonialer Raubkunst«	34
6. Documenta	35
7. Sehnsucht nach Unschuld – Sehnsucht nach Macht	36
8. Nike versus Adidas	37
9. Sport und Politik	38

III. Politik und Wirtschaft

1. Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank	41
2. Der Mythos des Sisyphos	42
3. Bürokratieabbau	43
4. Don't Cry for me Argentina	44
5. Die deutsche Melkkuh	46

IV. Politik und Gesellschaft

1. Klimaschutz und Sozialismus	49
2. Politischer Journalismus I	51
3. Politischer Journalismus II	52
4. War Grass ein Verbrecher?	53
5. Der politische Ärger mit dem Ehegattensplitting	54
6. Statistische Lügen	55
7. Verbotene Ursachenforschung	56
8. Halbe Wahrheiten sind auch Fake News	58
9. Erinnern und Vergessen	60
10. Die Affäre des Donald Trump	61
11. Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen	62
12. ... et respice finem	63

V. Politik und Migration

1. Mauern	65
2. Die Entschuldigung von Hanau	67
3. Wahlhilfe	69
4. Kinderärzte	71
5. Die Festnahme einer deutschen Abgeordneten mit Migrationshintergrund in der Türkei	72
6. Der Patriotismus der Demokraten	73
7. Kirchenasyl	74

VI. Exkurs: Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch den Gebrauch von Euphemismen und Pejorativa in den Medien

1. Das Wort als Waffe	77
2. Gegendemonstration	79
3. Selbstmord	79
4. Kämpfer	80
5. Whistleblower	80
6. Angehöriger einer mobilen ethnischen Minderheit	81

7. Völkerwanderung	81
8. Homeoffice	82
9. Selbstbedienung	82
10. Subkultur	83
11. Crash Kids	83
12. Recht auf Abtreibung	83
13. Morden – töten – hinrichten	84
14. Vergesellschaftung	85
15. Verbraucherschutz	85

Vorbemerkung

Leserbriefe haben eine wichtige Funktion bei der öffentlichen Meinungsbildung. Als Reaktion auf die Veröffentlichung von Sachverhalten und Meinungen in Zeitungen und Zeitschriften kann der Leser seine Zustimmung, Ablehnung oder Ergänzung der Öffentlichkeit kundtun – wenn die Leserbriefveröffentlichung der Redaktion »in den Kram passt«. Ich kenne einen brillanten Juristen, der turnusmäßig Leserbriefe an die angesehenste deutsche Tageszeitung schreibt, die regelmäßig nicht abgedruckt werden, weil sie wohl nicht *politically correct* sind. Das gilt besonders für seine Leserbriefe zur Kriegsberichterstattung aus der Ukraine und Israel. *Mundus vult decipi*¹ lautet der Kampfruf der selektiven Journalisten.

Deshalb habe ich es vermieden, Leserbriefschreiber zu werden. Meine nicht geschriebenen Leserbriefe sind stattdessen nachstehend zusammengefasst. So kann sich keine Leserbriefredaktion als Lektor meiner Gedanken betätigen.

¹ Diese lateinische Sentenz geht auf den Spruch *Mundus vult decipi, ergo decipiatur* – Die Welt will betrogen sein, darum sei sie betrogen – zurück, der wiederum auf dem römischen Rechtssatz *Qui vult decipi, decipiatur* – Wer betrogen werden will, mag ruhig betrogen werden – basiert. Die lateinische Version ohne den Nachsatz *ergo decipiatur* – also *Mundus vult decipi* – ist eine Übersetzung aus *Sebastian Brants NARRENSCHIFF*, in dem es im 65. Kapitel, Zeile 68 heißt: »Die welt die will betrogen syn.«

1. *Supreme Court*

Sehr geehrte Redaktion,

die Überschrift Ihres Leitartikels vom Freitag – *Supreme Court kippt Abtreibungsfreiheit* – hat mich verstört und verärgert. In der berichteten Entscheidung hat der *Supreme Court* sich weder zur Zulässigkeit der Abtreibung geäußert noch eine Abtreibungsregelung aufgehoben oder bestätigt. Der *Supreme Court* hat lediglich festgestellt, dass die US-amerikanische Verfassung die Abtreibung nicht regelt. So bleiben abtreibungsfreundliche einzelstaatliche Regelungen weiter in Kraft. Fazit: Die Überschrift soll offenbar den Leser emotional beeinflussen.

Im Grunde ruft nicht die Entscheidung des *Supreme Court* das Unbehagen Ihres Redakteurs hervor, sondern das US-amerikanische Rechtssystem. Da eine Verfassungsänderung zwar möglich wäre, durch die Polarisierung der Politik bei Streitfragen wie der Abtreibung es aber nie zu einer ausreichenden Mehrheit für eine Verfassungsänderung käme, möchten die Betreiber einer Verfassungsänderung – wie offenbar auch Ihr Leitartikler –, dass die neun Richter des *Supreme Court* – wie es in ähnlichen Fällen das deutsche Bundesverfassungsgericht tut – die Verfassung durch »Interpretation« ändert. Neun Richter anstelle des Parlaments. Was ist das für ein Demokratieverständnis?!? Die amerikanischen Gesetzgebungsorgane mögen ihre Aufgaben erfüllen und auch Teile der Gesetzgebung nicht auf die Gerichte – und das ist wirklich verfassungswidrig – delegieren.

3. Tabubrüche

Sehr geehrte Redaktion,

heute haben Sie in Ihrem Leitartikel gleich zwei Tabus gebrochen. Dafür danke ich Ihnen.

Primo: Bisher war es eherer Bestandteil der *political correctness* in Deutschland zu verschweigen, dass Migranten Wohnraum benötigen. Jetzt hat Ihr Blatt dargelegt, dass die 400.000 Wohnungen, die jährlich gebaut werden sollen – was ein verwegenes Ziel scheint – gerade ausreichen, um Migrantenfamilien unterzubringen. Dieser Bedarf ist unabhängig von der Zahl der tatsächlichen Asylgewährungen. Da praktisch keine Zuwanderer zurückgeschickt werden und die deutsche wohlwollende Haltung gegenüber unbegleiteten Jugendlichen durch großzügige Zulassung von Familiennachzug zur Vervielfältigung des Wohnbedarfs führt, können wir auf Sicht nicht mit einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt rechnen. Man mag ja der Ansicht sein, dass wir das hinnehmen müssen. Das Problem darf aber nicht totgeschwiegen werden.

Secundo: Steigende Mieten sollen – so die politisch korrekte Sichtweise – das Tun gieriger Vermieter sein. Dabei wird übersehen, dass vor allem die Aufwendungen für die Erfüllung gesetzlicher Auflagen – insbesondere auf dem Gebiet des Klimaschutzes – und das Komfortbedürfnis der Mieter im Hinblick auf sanitäre Anlagen, einen Aufzug, Abstellplätze für Autos und Fahrräder etc. die Mieten steigen lassen. Das sind notwendige Aufwendungen. Aber sie lassen die Mieten steigen. Danke für Ihre klaren Worte hierzu.

4. Bei uns darf man alles sagen

Sehr geehrte Redaktion,

zu Ihrem Bericht über die Verleihung des Ordens gegen den tierischen Ernst an *Annalena Baerbock*.

Kurz vor der Ordensverleihung hat die deutsche Außenministerin noch einmal bewiesen, wie berechtigt diese Ehrung war. In einer Rede vor dem Europarat erklärte sie, dass »wir« einen Krieg gegen Russland führten. Das war natürlich nicht ernst gemeint und wurde umgehend richtiggestellt für all jene, die darauf vertrauten, dass eine Außenministerin mit ihren Aussagen »ihren« Staat völkerrechtlich binden kann.

Wie dem auch sei, in ihrer Rede anlässlich der Ordensverleihung hob sie hervor, wie schlecht es um die Meinungsfreiheit in autokratischen Staaten bestellt sei, während in Deutschland jeder alles sagen dürfe. Das war wohl auch als Scherzerklärung gemeint. Radikale Minderheiten lassen – mit Duldung des Staates – nicht jeden sagen, was er will. So sagte mir kürzlich ein Buchhändler, bei dem ich einige Bücher von *Leopold Sedar Senghor* bestellen wollte, u.a. *Négritude et humanisme*, er verkaufe Bücher zur *Négritude*¹ nicht mehr, weil die *Négritude* das Wort *Neger* beinhalte und deshalb verpönt sei. Er wolle sich nicht die Schaufensterscheiben einwerfen lassen.

¹*Négritude* ist die Bezeichnung für eine literarisch-philosophische politische Strömung, die für eine kulturelle Selbstbehauptung aller Menschen Afrikas und ihrer afrikanischen Herkunft eintritt. Im Unterschied zum eher angelsächsisch orientierten Panafrikanismus reflektiert die frankophone *Négritude* den europäischen Diskurs über Afrika.

Übrigens: Es gibt eine Ausnahme vom deutschen Maulkorb: Ausländische Politiker darf man beschimpfen, wenn sie in Deutschland unbeliebt sind. So durfte *Böhmermann* den türkischen Präsidenten *Erdogan* im öffentlich-rechtlichen Fernsehen der Unzucht mit Tieren zeihen, wofür kein Anzeichen vorlag und was objektiv falsch war. Insoweit hat *Baerbock* recht. Linke Journalisten dürfen über unbeliebte Politiker alles sagen – aber nur die. So hätte das Böhmermann-»Gedicht« etwa über den israelischen Präsidenten sicher zu einem Strafprozess und einen »Rauswurf« Böhmermanns bei Rundfunk und Fernsehen geführt.

Trösten wir uns: *Quod licet Jovi, non licet bovi.*